

Diözesanrat der Katholiken im Bistum Passau

Frühjahrsvollversammlung 8. März 2008

Blickpunkt Landtagswahl 2008
Unsere Vorstellungen von einer werteorientierten Politik
Standpunkte und Dialog

Diskussion zu den Statements zu fünf ausgewählten Themenbereichen

Vertreter aus dem Bayer. Landtag: Prof. Dr. Waschler (CSU) und Franz Maget (SPD)
Grüne entschuldigt

Moderator: Wächter der Zeit und der konkreten Antwort: Konrad Haberber

Ziel: Konkrete Politikvorstellungen an die Politik einbringen

Der Themenpool ist in der Vorbereitung entstanden, es wurden 5 Bereiche ausgewählt, Verbänden zugeordnet, die diese in der Vollversammlung einbringen. Verbände haben zu Themen Statements verfasst; Verschiedenheit im Diözesanrat wird dadurch deutlich

1. Themenbereich

„Für eine gute und Menschen würdige Arbeit“ Gesprächsimpuls der Kath. Arbeitnehmerbewegung

Arbeit hat drei grundsätzliche Aspekte:

1. Arbeit hat einen naturhaft-notwendigen Aspekt. Sie dient dem physischen Überleben. Wer arbeitet muss anständig davon leben und für sich und für die Seinen sorgen können. Wenn gerechte Löhne nicht mehr durch tarifliche Vereinbarungen gesichert werden können, ist ein gesetzlicher Mindestlohn gefordert. Für uns ist das die gesetzliche Pfändungsgrenze von 8,50 Euro.
2. Arbeit hat einen personalen Aspekt. Sie dient der Selbstdarstellung und der Identitätssicherung. "Ich habe Selbstachtung, weil mein Leben Ordnung und Struktur hat. Ich weiß, warum ich morgens aufstehe und mit Selbstwertgefühl in den Spiegel schauen kann."
3. Arbeit hat einen gesellschaftlichen Aspekt. Sie ist mein Beitrag zum Gemeinwohl, zum Gemeinwesen. Sie gibt mir Status und gesellschaftliche Beteiligung. "Was machst Du eigentlich?"

Fragen:

- Wie stehen Sie zum Mindestlohn?
- Wie wollen Sie sicher stellen, dass sich die Regionen Bayerns wirtschaftlich entwickeln und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen, dass aus Zeitarbeitsplätzen sichere Arbeitsplätze entstehen?
- Wie verwirklichen Sie in Bayern die Forderung nach gleichem Lohn für Frauen und Männer für gleiche Arbeit?
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer?

- Ausbildung und Lehrstellen; der Staat als Träger von Ausbildung?

Vertreter: Präses Franz Schollerer, KAB-Diözesanverband Passau

Dr. Gerhard Waschler:

Mindestlohn:

Oskar Nell-Breuning sagt, Arbeit sei für die Menschen wichtig, für ihr Selbstwertgefühl und den Lebensunterhalt.

Es herrscht eine Vielfalt in der politischen Diskussion, Arbeit ist für die Menschen als Lebensgrundlage wesentlich. Alles, was Arbeit schafft, steht auf der obersten Stelle der Agenda.

Deshalb ist eine Vereinbarung zu treffen, dass mindestens 10 Wirtschaftsbereiche in den Mindestlohn kommen, im Moment haben sich erst zwei Branchen dazu bereit erklärt. Ein Betrieb muss aber auch die Erträge dafür erwirtschaften können. Es besteht die Sorge, dass Arbeitsplätze abwandern.

Man muss natürlich gewährleisten, dass keine zu geringe Entlohnung besteht. Deshalb Mindestlohn.

2 Aussagen dazu:

- Jeden Missbrauch vermeiden im Bereich der gering entlohnten Bereiche
- Übergang aus dem gering verdienenden tariflich gesicherten Arbeitsmarkt muss möglichst verbessert werden.

Es braucht einen gerechten Lohn für Männer und Frauen.

Man sieht im öffentlichen Dienst, da sind Frauen in höher qualifizierten Stellen kaum anzutreffen. z.B.: wenn man die Anzahl der LehrstuhlinhaberInnen in Bayern sieht. Von Chancengleichheit kann noch nicht gesprochen werden.

Im Rahmen von Aktionen wie „Girlsday“ soll zu höherer Qualifikation motiviert werden. Denn Ausbildung ist der Schlüssel dazu.

Wichtiger Baustein: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Im Rahmen des Aktionsprogramms Bayern 2020 soll die Kinderbetreuung bis 2013 mit zusätzlich 100 Mill. € ausgebaut werden.

Zum Thema Staat: Träger von Ausbildung

Der Staat kann es natürlich nicht alleine leisten, hier entsprechende Ausbildungsplätze zur Verfügung zu halten, engagiert sich aber bereits. Deshalb der Appell an die freie Wirtschaft entsprechende Stellen zu schaffen, wobei auch die Rahmenbedingungen stimmen müssen.

Wenn der Staat für gute Rahmenbedingungen in der Wirtschaft sorgt, kann es auch ausreichende Ausbildungsplätze geben bzw. diese einfordern.

Franz Maget (persönliche Vorstellung: aus München, 2 erwachsene Kinder, katholisch, Forum Kirche und SPD)

zum Thema Mindestlohn:

Seit Jahren eine Forderung, wir brauchen eine Untergrenze, die nirgendwo unterschritten werden darf und sich jeder Arbeitnehmer darauf auch verlassen kann: 7,50 € Brutto sollen festgelegt sein.

Das wäre kein Rückschritt für die Wirtschaft: In vielen Mitgliedstaaten der EU ist dies bereits umgesetzt, auch in dieser Höhe, das hat zu keiner Verwerfung geführt. Bei

Dienstleistungstätigkeiten findet die Arbeit hier statt und gilt nicht das Argument, der Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland. Wichtig gerade bei Branchen, die regional tätig sind: Betreuung, Reinigung, Bewachung – das sind alles Tätigkeiten, die nicht ins Ausland verlagert werden können.

In der Industrie gibt es oft schon Tarifregelungen über 7.50

Wir haben zu viele Menschen, die voll erwerbstätig sind, aber so wenig verdienen, dass ihr Einkommen über staatliche Leistung aufgestockt werden muss; das widerspricht der Würde des arbeitenden Menschen und ist moralisch bedenklich. Es ist auch psychisch bedenklich, wenn jemand arbeitet, aber weniger als Sozialhilfe bekommt

Es ist ethisch nicht in Ordnung, wenn jemand weniger erhält, als er durch staatliche Transferleistungen bekäme. Der Mindestlohn ist eine Möglichkeit als Abwehr von Lohndumping. Denn der Mindestlohn muss auch von Arbeitgebern aus anderen Ländern hier in Deutschland bezahlt werden.

Sichere Arbeitsplätze kann die Politik aber nicht versprechen.

Er sage ja zu Leih- und Zeitarbeit, um durch eine vorübergehende Leiharbeit in feste Arbeitsverhältnisse zu kommen. Nicht hingenommen werden dürfen die Beispiele von Leiharbeit, wenn sie missbraucht wird, d.h. wenn jemand länger als ein halbes Jahr in Zeitarbeit ist und dann nicht mehr in tarifliche Bedingungen integriert wird. In betriebliche Struktur eingliedern, für Leiharbeiter müssen gleiche tarifliche Bedingungen gelten, wie für betriebliche

Zum Thema gerechter Lohn für Männer und Frauen:

Grundgesetzlich verbürgt gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, aber Frauen werden abgedrängt in Berufe, die schlechter bezahlt werden, - z.B. soziale Bereiche
Frauenarbeit gilt immer noch als „Nebenprodukt“, als Zuverdienst neben der Männerarbeit. Dies ist nicht mehr zeitgemäß. Mit einem geänderten Verständnis von Arbeit der Frauen müssen wir da heran gehen.

Frauen sind gut ausgebildet, arbeiten genauso gut wie Männer, sie müssen als Vollwertig gesehen werden, das muss aber auch für die Familie gelten

Zum Thema Staat als Träger von Ausbildung

In vielen Berufsausbildungsklassen sind Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag. Jede/r Jugendliche in Bayern muss Ausbildung bekommen, wenn die Wirtschaft das nicht schafft, müsste man überbetriebliche Einrichtungen schaffen

Das wird kein selbstverantwortliches optimistisches Leben, wenn man schon am Anfang keine Möglichkeit bekommt die eigene Existenz durch Arbeit zu sichern.

Fragen aus dem Plenum:

Dr. Schießleder:

Herr Waschler, Sie haben davon gesprochen, dass ein gerechter Lohn einen notwendigen Ertrag erfordert.

Tausende, vor allem Frauen, arbeiten, erwirtschaften aber keinen Ertrag. Wie bewerten Sie Arbeit insgesamt?

Dr. Waschler:

Ehrenamtliche Arbeit ist unbezahlbar. Wenn wir gerecht sein wollten, müssten gerade die PädagogInnen in der Vorschulzeit am besten bezahlt werden.

Punkt ist aber folgender:

Es können Firmen nur dann überleben, wenn Sie mit Mischkalkulation arbeiten: Im Zeitalter der Globalisierung, dominierender Aktienmarkt, können Übernahmephantasien aufkommen, die die Arbeitsplätze in einem unbeschreiblichen Ausmaß gefährden können.

Es ist zu fragen, wo ist die Grenze im Bereich von Geringlöhnen ohne die Existenz der Firmen zu gefährden? Deshalb noch mal zum Mindestlohn: es ist als ein gemeinsames Vorgehen der Politik zu verstehen, natürlich auch unter Mitsprache der Gewerkschaften.

Dr. Schießleder:

Ich bin der Meinung, der Arbeitsbegriff muss neu gefasst werden.

Dr. Waschler:

Wenn alles, was Arbeit ist, entlohnt werden müsste, gäbe es die Gesellschaft in dieser Form nicht mehr. Deshalb ist bürgerschaftliches Engagement dringend notwendig.

Maget:

Wenn es um den Begriff Arbeit geht, muss man zweierlei unterscheiden:

Erstens die Erwerbsarbeit und als zweites alle andere gesellschaftlich notwendige Arbeit, die nicht entlohnt wird.

Er bevorzuge die Erwerbsarbeit, denn Frauen müssen darauf aus sein, dass für sie entsprechende Erwerbsarbeitsplätze in der Gesellschaft da sind.

Die durchschnittliche Rente pro Monat im Passauer Raum beträgt 550€ In München beträgt die durchschnittliche Rente 750€ Das liegt zum einen daran, dass in München die Löhne höher sind, es liegt aber auch daran, dass im Passauer Land sehr viele Frauen schlecht verdienen.

Deshalb ist es notwendig, dass Männer und Frauen stärker in besser bezahlte Erwerbsarbeit kommen und so auch Altersarmut verhindert werden kann.

Zur Definition von Arbeit:

der einzige Maßstab für gute Arbeit besteht nicht nur darin, wenn sie gut bezahlt ist. Arbeit am Menschen, soziale Arbeit, muss stärker geachtet werden.

Bei Definition von Arbeit müssen wir lernen, es geht nicht nur darum Produktive Werte zu schaffen, sondern dass soziale Arbeit wieder stärker gewichtet wird.

Die Arbeit im Pflegeheim ist mindestens so anstrengend und wertvoll, wie die Arbeit am Fließband, das müsste genauso bezahlt wird

Rottenaicher:

Wie stehen Sie zu einem staatlichen zugesicherten Grundeinkommen?

Maget:

Grundeinkommen geht überhaupt nicht darauf ein, welchen Bedarf und Bedürftigkeit ein Mensch hat, da würden auch Millionäre ein Grundeinkommen haben. Wenn man staatliches Geld verteilt, dann soll man auch die Frage der Bedürftigkeit stellen, sonst sollte man dafür kein Steuergeld ausgeben. Es gibt noch kein schlüssiges Konzept für Grundeinkommen.

Als Christ Arbeitsethos hochhalten: Arbeitsleistung, die man einbringt, bringt Leistung für die Gesellschaft, die angemessen entlohnt werden muss. Wer das nicht kann, z.B. Behinderte, müssen auch Leistungen einbringen dürfen, aber dann müssen sie auch den Bedürfnissen entsprechend entlohnt werden.

Dr. Waschler:

Er sei auch dagegen. Leistung muss sich lohnen. Denn wenn ich eine Grundsicherung habe, ist kein angemessener Anreiz mehr gegeben.

Dr. Zehner:

Was tun Sie, dass die Arbeit in der Familie wertgeschätzt wird, insbesondere die Arbeit der Mutter? Wie kann eine Mutter, die Erziehungsarbeit leistet, eine angemessene Rente bekommen?

Maget:

Warum sprechen Sie hier nicht von den Vätern? Ich nehme an, der Mann hat die bessere Ausbildung, sorgt als Ernährer für die Familie, klassisches Rollenverständnis. Er meine, dieses Grundverständnis muss überdacht werden. Das klassische Rollenverständnis verhindert auch, dass noch mehr Frauen in akademische Berufe kommen. Heute machen mehr Mädchen Abitur als Jungen, sie haben eine gute Ausbildung, sind z.B. Akademikerinnen – es gefällt ihnen auch; aber sie treffen auf eine gesellschaftliche Wertevorstellung, in der sie vor einer Entscheidung stehen, die für Männer so nicht gilt – Frauen müssen entscheiden zwischen Beruf und Familie

Es ist auch die gesellschaftliche Wertvorstellung, die eine berufliche Fortentwicklung für Frauen nicht ermöglicht. Deshalb sagen immer weniger Frauen nein zum Kind. Maget war selber zwei Jahre beim Kind – Familienarbeit ist sehr zu schätzen

Es ist deshalb unsere Aufgabe, die Wahlfreiheit, nämlich zu entscheiden, wie ich Beruf und Familie vereinbaren will, tatsächlich zu ermöglichen. Deshalb fordern wir auch Kinderbetreuung für Kleinstkinder. Dabei ist aber notwendig, dass wir eine Qualitätsdiskussion der Kindertagesstätten führen. Es ist sogar für viele Kinder positiv, beispielsweise Einzelkinder, wenn sie in Kinderkrippen betreut werden.

Für die Absicherung der Familienarbeit wird jetzt schon einiges getan. Beispielsweise kostenfreie Krankenversicherung, Ehegattensplitting.

Was die bezahlte Familienarbeit betrifft: je mehr man die Familienarbeit in die Sozialversicherung integrieren will, je weiter man diese Familienarbeit honoriert, umso stärker ist die Erwartung an die Frauen, zu Hause zu bleiben; ist das auch in Zukunft das Modell der Gesellschaft, soll es das sein

Wer die Gleichwertigkeit von Männern und Frauen wirklich will, der muss auch die Wahlfreiheit lassen

Dr. Waschler:

Was ihn hier besonders ärgert, in der politischen Diskussion bei der Frage um die Wahlfreiheit, auch als Väter und Mütter bei den Kindern zu bleiben: Wenn von der „Herdprämie“ die Rede ist. Der Begriff ist eine Abqualifizierung erster Güte.

Uns geht es darum, dass die Familien in die Lage versetzt werden, dass Vater, Mutter bei den Kind bzw. bei den Kindern bleiben können.

Dr. Zehner:

Wichtig sei ihr, das Kind im Auge zu haben, über die wird immer hinweg entschieden, Die Frage, was Kinder brauchen, wird nicht gestellt. Egal, wie wir uns dazu stellen, das Kind sollte im Mittelpunkt auch gesehen werden

2. Themenbereich

Frauen im Spannungsgeflecht Familie – Beruf - Ehrenamt

Gesprächsimpuls des Kath. Deutschen Frauenbundes

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist seit langem ein Thema.

Zunehmend wird erkannt, dass die Frage der Vereinbarkeit der beiden existentiellen Lebensbereiche – Beruf und Familie, nicht ausschließlich Privatangelegenheit ist. Die Frage der Vereinbarkeit hat politische Relevanz.

Familienpolitische Maßnahmen wie die neue Regelung der Elternzeit, das Elterngeldgesetz, die gesetzlichen Regelungen zur Betreuung der Kinder sollen dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern.

Immer noch tragen Frauen trotz Erwerbstätigkeit und ehrenamtlichen Engagement die Hauptlast der Familienarbeit.

Eine gerechte Arbeitsverteilung lässt sich offensichtlich nicht allein durch familienpolitische Maßnahmen herbeiführen.

In Sachen Ehrenamt lässt sich fortschreiben, was auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten ist. Der typische Ehrenamtler ist Familienvater, Vollzeit berufstätig mit regelmäßigen Überstunden, überdurchschnittlichem beruflichem Prestige und Einkommen. Ihnen hält meist die Partnerin den Rücken frei für das ehrenamtliche Engagement. Die typische Ehrenamtlerin ist teilzeitbeschäftigt, lebt in einer Partnerschaft oder Familie, ihr Partner verdient den größten Teil des Unterhalts. (Ergebnis der Studie zur Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf aus dem Jahr 2001)

Fragen:

Gibt es ihrerseits Ideen für Maßnahmen, mit denen Männer gefördert werden um Familienarbeit zu leisten?

Väter und Mütter benötigen Unterstützung seitens der Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen. Welche Maßnahmen wollen Sie fördern, damit die Arbeitswelt familienfreundlicher gestaltet wird?

„Die Übungsleiterpauschale muss ausgeweitet werden auf eine Ehrenamtspauschale, denn Ehrenamt im sozialen Bereich verlangt genau die gleiche Professionalität und das gleiche Engagement wie sie Übungsleitern von Sportvereinen zugebilligt wird.“, fordert die Bundesvizepräsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes, Dr. Elfriede Schießleder am Tage des Ehrenamts.

Wie denken Sie zu einer Pauschale analog der für Übungsleiter/Übungsleiterinnen und setzen Sie sich ein für die Einführung eines staatlichen Nachweises für das Ehrenamt?

Vertreterin: Christa Reiterer, KDFB Diözesanverband Passau

Maget:

Die zunehmend sich verändernden Rollenbilder zwischen Mann und Frau stellen eine Herausforderung besonders für die Männer dar. Er selbst war zwei Jahre „Hausmann“ für seine beiden Kinder zugunsten des Ausbildungsabschlusses seiner Frau. Allein unter Frauen z.B. in der Mutter-Kind-Gruppe, beim Kinderarzt etc. sind ihm unvergesslich, machen aber auch den Änderungsbedarf deutlich. Dem trägt das neue Erziehungsgeld Rechnung, indem zwei Vätermomente zusätzlich und eigens bewilligt werden. Das Kind muss im Mittelpunkt sein – das ist selbstverständlich, aber es darf kein Vorwurf an Alleinerziehende sein, diesen Kindern geht es doch oft nicht schlechter in der Krippe; die Diskussion darf nicht unfair werden

Diskussion in Unternehmen müsste auch besser werden, z.B: gute Kinderbetreuung in Unternehmen; Eine Schlüsselfrage ist die Arbeitszeitregelung, wobei die 35 Std. Woche auf vier Tage bei BMW eine höchst interessante Form darstellt und so beiden Elternteilen gute Zeit für Familie ermöglicht.

Dies könnte ein Zukunftsmodell sein.

Ehrenamt ist gesellschaftliche Aufgabe, die gleichzeitig persönliche Bereicherung bietet, insofern ist die Frage seiner Würdigung sehr differenziert zu sehen. Einen würdigenden Ausweis wäre sicher eine gute Sache, generelle (Geld-)Pauschalen sind jedoch abzulehnen, auch viel zu kompliziert zu handhaben – angesichts der bunten Vielfalt und Möglichkeiten innerhalb eines ehrenamtlichen Engagements. Auf kommunaler Ebene gibt es bereits Initiativen, ehrenamtlichen Vergünstigungen zuteil werden zu lassen etwa beim Besuch von kulturellen und freizeitbezogenen Aktivitäten. Sicher notwendig war die Absicherung der Risiken durch die neue Ehrenamtsversicherung seit 1.4.2007 in Bayern.

Waschler:

Der Landesbeschluss 2020 bietet hier eine klare Positionsbestimmung, wobei 100 Mio. Euro bis 2013 zusätzlich für Kinderbetreuung vorgesehen sind. Bayern hat gerade hier den stärksten Zuwachs aller Bundesländer. Allerdings sollte hier nicht nur auf den Ausbau professioneller Einrichtungen gesehen werden sondern auch auf den Mix auf Betreuung durch Nachbarschaftshilfe und persönlich-private Betreuungsangebote.

Was das Ehrenamt betrifft, sind die Betriebe dran, dieses durch ihr Corporate Citizenship weiter zu unterstützen: Freistellung von Arbeitnehmern für gemeinschaftspflegende Aufgaben (Feuerwehr und Rettungsdienste), dazu stützt das neue Steuerrecht ehrenamtlichen Einsatz seit letztem Jahr sehr viel stärker: 500 Euro Aufwandspauschale steuerfrei (statt vorher 489), Erhöhung der Übungsleiterpauschale auf 2100 Euro jährlich (statt vorher 1800 für eben nur definiertes Engagement) und die Förderung durch eine eigenständige Versicherung Engagierter

Zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind und werden derzeit verstärkt ausgebaut die Teilzeitarbeit, Telearbeit und Wohnraumarbeit, was heißt, dass die öffentliche Hand wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten fern der großen Zentren schaffen wird. Zusätzlich ist dieser Punkt eine Sache, die der genaueren Beachtung bei der derzeit durchgeführten Dienstrechtsreform bedarf.

3. Themenbereich:

Schule vom Kind her gedacht - Auswirkungen für Bildungspolitik, Schüler- und Jugendarbeit

Gesprächsimpuls des SA Erziehung und Bildung mit SA Jugend

Unser bisheriges Bildungssystem wird weder den Bedürfnissen noch den Lebenswelten der heutigen Kinder und Jugendlichen mit ihren Problemen gerecht. Schule wird von uns als defizitär empfunden, Kinder werden buchstäblich verbrannt, zeitlich überfordert, intellektuell zugeschüttet, sozial isoliert bis zur Ghettoisierung.

Ein christlich-ganzheitlicher Bildungsansatz geht vom Menschen und seinen Bedürfnissen aus: alle am schulischen Bildungsprozess Beteiligten (Schüler, Eltern und Lehrer) brauchen daher verbindliche und verlässliche Rahmenbedingungen für eine vertrauensvolle und effektive Gestaltung von Erziehung und Lernen.

Der fundamentale Wert der außerschulischen Bildung für die ganzheitliche Entwicklung des jungen Menschen z. B. in der kirchlichen Jugendarbeit oder in der Jugendsozialarbeit wird nach wie vor massiv unterschätzt.

- Mit welchem bildungspolitischen Gesamtkonzept wollen Sie angesichts der angesprochenen Probleme in der nächsten Legislaturperiode zum Wohle der Kinder für Abhilfe sorgen?
- Wie wollen Sie auch bei Ressourcenknappheit langfristig und zielgerichtet die unerlässliche Personal- und Sachausstattung bereitstellen?
- Konkretisieren Sie bitte, welchen Stellenwert Sie außerschulischer Bildung beimessen und welche Rahmenbedingungen Sie dafür zu schaffen bereit sind.
- Wie stellen Sie sich Integration, Stützung und Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher vor? Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie vordringlich in Angriff nehmen?

Vertreter: Veronika Schauburger, BDKJ Passau, Peter Seidl, KED Passau

Dr. Waschler:

Er ist Vorsitzender im Bildungsausschuss im Landtag; Leitlinien zum Kinderwohl stehen an 1. Stelle; Gleichwertigkeit der Schulen und des beruflichen Wegs sind notwendig, Kinder und Jugendliche müssen entsprechend der Talente gefördert werden; Ziel sei Begabungsgerechte Förderung durch Fordern; kurze Schulwege notwendig „Kurze Füße – kurze Wege“;

Chance der intensiven Förderung und Betreuung – gleiche Chancen.

Zur Jugendsozialarbeit an Schulen gibt es einen Beschluss bis 2012, 350 Stellen zu schaffen; beschleunigt soll bis 2009 weitergegangen werden: Defizite und Unterstützung benötigen ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot

Geplant sind offene und gebundene Form (offen vor Ort welche Tage, Eltern und Träger außerhalb von Schulen sollen dies begleiten, aus Ehrenamt heraus - Gebunden:

Komplettangebot – unterschiedlich gefördert, die Frage sei auch ob es ganz gefördert werden kann)

Benachteiligte: Sprache sei entscheidend – Forderung nach Vorschule für alle (nicht nur für Migranten/innen)

Elementare Kulturtechniken: lesen, schreiben, rechnen zentral; die Hauptschule wichtig für den Mittelstand; Hauptschulen sollen im Bestand eigenständig bleiben
Erlebnis aus einem Betrieb: Ausbildungsplätze werden nach vielen Kriterien vergeben, dazu gehören auch Zuverlässigkeit, soziale Fähigkeiten, Höflichkeit, Fähigkeit zur Kontaktaufnahme; diese sekundären Tugenden sind im Umgang wichtig
Wenn Eltern Hilfe brauchen: – Vorschulischer Bereich – Erzieherinnen.
In Bayern gibt es ca. 5000 Schulen, er habe viele besucht und viel Gutes gesehen; Kinder seien mit Freude dort
qualitativ hochwertige Schulen und Pädagogen wichtig, Arbeit an Defiziten
Wir müssen besser werden – Kind im Mittelpunkt

Maget:

Ein Bildungshaus sei zu bauen – solides Fundament frühkindliche Bildung und Erziehung, da werden Grundlagen gelegt. Letztes Kindergartenjahr verpflichtend und kostenfrei, das wäre für alle Kinder wichtig; 1 Jahr Sprache und Grundfertigkeiten
Man wolle damit den Kindern nicht die Kindheit rauben, es gebe gute Konzepte in der Früh-Pädagogik, stärkeres Fundament
Wir müssen nicht automatisch von Ressourcenknappheit ausgehen. Wenn man hier Geld nicht ausbebe, bei Bildungschancen für Kinder und Jugendliche, kostet es später mehr Geld, auch wenn man nur Geld ausgeben könne, es stehen 800 Mio. € mehr durch zusätzliche Mehrwertsteuereinnahmen zur Verfügung, da sollte man etwas Vernünftiges damit machen.
Bereits in der Grundschule 3. Klasse bestehe ein massiver Leistungsdruck wegen Übertritt; es sei eine Legende, dass das bayr. Bildungssystem durchlässig sei, vereinzelt vielleicht – durchlässig nach unten ist groß, durchlässig nach oben bescheiden
Die Schnittstelle im 10. Lebensjahr um Bildungschancen zu vergeben, sei fraglich, in der 5. / 6. Klasse besser
Sein zentraler Vorwurf: Chancen sind sozial ungerecht vergeben, hängen von Geldbeutel der Eltern und sozialer Stellung ab, dies sei nur durch mehr individuelle Förderung in den Griff zu bekommen. Bildung und Schule habe auch die Aufgabe, soziale Benachteiligung durch Geburt auszugleichen. Er sei ein Anhänger der Ganztagschule, das G8 gehe ja bereits in diese Richtung. Wenn es schon Sonderwege in Bayern in der Bildungspolitik gebe, dann sollten sie sinnvoll sein, z.B. Neigungsgruppen – nachlernen, nacharbeiten – individuelle Förderung
Internationaler Standard: nur in Ganztagschule, nicht von 8 bis 15 Uhr durchziehen, besser verteilen, Ruhepausen, Neigungsgruppen
Außerschulische Jugendarbeit: Verbände sollten an Schulen Angebote geben, z.B. Sportjugend, kirchliche Organisationen, wie BDKJ, sollten integriert werden.
Gebundene Ganztagschule für Gymnasium
Hauptschulsterben wird stattfinden- wenn kurze Beine, dann kurze Wege, Schulstandorte sollten erhalten bleiben, so dass alle Kinder vor Ort Haupt- und Realschule besuchen können.
Erwachsenenbildung: es hat ein Kahlschlag in den letzten Jahren stattgefunden, es gibt ein Minimum an Förderung, 10 % derzeit, da könne man nicht von 4 Säulen des Bildungswesens sprechen.

Becker:

Beim Hauptschulsterben sehe sie die Schwierigkeit, dass viele Betriebe Leute nur mit mittlerer Reife einstellen. Eltern wollen von Hauptschule weg und ihren Kindern andere

Bildungswege anbieten. Gibt es Möglichkeit hier politisch einzugreifen, dass Betriebe wieder Hauptschüler ausbilden?

Maget:

Hauptschule in ungerechter Weise ein Problem. Sie gilt bei Eltern weniger, Betriebe nehmen ungern Hauptschüler; der mittlere Abschluss zur Stärkung der HS wird nicht so hoch bewertet wie Realschule, deshalb Run auf Realschule, jeder versucht das eigene Kind von Hauptschule fernzuhalten, auch großer Anteil an Ausländer, da reagieren Eltern.

Hauptschule hat ein existenzielles Problem: Abstimmung mit Füßen Hauptschule trocknet aus, müssen zusperren, Schüler/innen werden zu Fahrern

Sein Vorschlag: z.B. für den Landkreis PA – ein regionales Schulkonzept; wenn eine Hauptschule Schüler verliert, warum das Gebäude nicht nützen, und allen Schülern die Möglichkeit geben, hier Unterricht zu bekommen, man könne ja auch innerhalb einer Schule differenzieren, sonst wird Hauptschule zu einer Restschule; Ziel einer solchen Regionalschule solle sein, dass alle Kinder einen Schulabschluss erreichen (heute erreichen 8% nicht einmal den Hauptschulabschluss).

Dr. Waschler:

Frage stößt auf Kern, Stärkung der Hauptschule sei eine wichtige Aufgabe und politisches Programm, Schwächen von SchülerInnen sollen behoben werden. Sei wichtige Schulart für Betriebe, Defizite müssen ausgearbeitet werden, die Schulen dürfen nicht schlecht geredet werden; 40 % der Auszubildenden bei Audi und BMW sind aus der Hauptschule

Plädiert dafür, die Hauptschule am Leben zu lassen. Er gebe verschiedene Arten von Umsetzung von Hauptschule, z.B. St. Nikola in Passau. Es gibt einen Beschluss im Landtag: M – Abschluss gleichwertig setzen zu Realschule, aber die Betriebe wählen Auszubildende frei.

CSU will Schulverbünde, Schulen sollen auch die Möglichkeit haben 8/9 Klassen gemeinsam zu führen. Von 1000 Hauptschulen werden 720 zweizügig gemacht. Eine Zusammenführung von zwei Schularten verändere nicht die Kinder und Jugendlichen, aber zerstöre eine Schulart. Der Übertritt zu einem späteren Zeitpunkt erhöhe nicht die Diagnosegenauigkeit, wie Studien belegen. Eltern haben auch später einen hohen Einfluss auf Schulwahl. Viele Hochschulabgehende erreichen Abschluss über andere Wege, z.B. zweiter Bildungsweg, bis zu 43 %. Das müsse man auch den Eltern näher bringen. Jede/r Meister/in habe heute einen Hochschulzugang. Da sei schon Durchlässigkeit gegeben, die müsse aber noch ausgebaut werden.

JP Rembeck:

Wie wohl fühlen sich Kinder, wen sich Kindheit von früh bis spät in Schule und anderen Bildungseinrichtungen abspielt. Wo ist Freizeit der Kinder, im G8 gebe es oft keine Freizeit mehr. Auch die Schulwegsicherheit sei ein Problem, z.B. bei Dunkelheit am frühen Morgen oder spät abends. Wie wohl fühlt sich ein Kind zwischen Kinderzimmer und Klassenzimmer?

Einberger:

Schulen im Grenzland, z.B. im Dekanat Freyung. Wie geht es weiter, wenn Kinder zum Teil schon um 6.30 Uhr im Bus sein müssen, bereits in der Grundschule?

Grömer:

Spricht für Anliegen der Erwachsenenbildung: Im Bild von Hr. Maget fehle das Dach. Es gehe nicht nur um gute schulische und berufliche Ausbildung; lebenslanges Lernen, dafür stehe die Erwachsenenbildung, und ganzheitliches Lernen. Dass Menschen Verantwortung in Gesellschaft und Politik übernehmen können. Die Erwachsenenbildung, Bildungshäuser,

übernehmen diesen Auftrag, den übernehme man auch gern als christlichen Auftrag. Aber wie sieht es mit der Finanzierung aus? Wo ist dieses Thema in der Politik gut angesiedelt.

Dr. Waschler:

Er stehe dafür, in der Grundschule gelte: kurze Beine – kurze Wege – aber Schule kann nur stattfinden, wenn auch Kinder da sind!

Ballungszentren würden viele Ressourcen binden, aber auch der ländliche Raum müsse gestärkt werden

Zum Thema Erwachsenenbildung habe er gegen die Kürzungen gesprochen; zu den vorhandenen 15. Mio. können im Nachtragshaushalt nochmals 2 Mio. vergeben werden.

Es gebe eine Wertschätzung für alle Träger, lebenslanges Lernen sei unverzichtbar – Träger beruflicher Weiterqualifizierung sollten auch Europäischen Sozialfond nützen.

Grömer:

Bei der Frage, welche Werte Kindern mitgegeben werden, sei auch die Frage zu stellen, wie Eltern gebildet werden.

Maget:

Die Frage von Grundschulen im Grenzland sehe er wie Waschler, es braucht eine Mindestgröße an Schülern

Zwergschulen nur Notlösungen für begrenzte Zeiträume – Geburtenrate sinkt weiter

In der Erwachsenenbildung will er widersprechen, der Stand von 2000, bevor es Kürzungen gab, ist noch nicht erreicht.

Das seien geschickte Manöver, man kürzt massiv, 1 Jahr später wird ein Teil wieder zurückgenommen, dann lässt man sich feiern; Träger haben aber höhere Kosten, müssen die Qualität halten; wie sollen sie die Beiträge stabil halten – Zugangsbarrieren in der Bildung sind auch Kosten, diese sind also niedrig zu lassen.

Die Wertschätzung von Erwachsenenbildung sei in Frage zu stellen, wenn bei Kürzungen begründet wurde, man könne ganz aus der Finanzierung aussteigen; das wäre unvorstellbar bei Schulen; Erwachsenenbildung sei aber gleichwertig wie Schulen; wenn das so ist, muss sie auch gleichwertig gefördert werden.

Teilweise in Misskredit gebracht, weil man von Hobbykursen sprach; der Kern sei aber ein anderes Angebot; und auch Hobby sei wichtig.

4. Themenbereich

Schöpfungsverantwortung in der Politik

Vom "weiter-schneller-mehr" zu einem erfüllten Leben.

Gesprächsimpuls des SA Schöpfung und Umwelt und der Kath. Landvolkbewegung Passau

Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise lässt sich nicht auf die gesamte Weltbevölkerung übertragen da die damit verbundenen Emissionen und der Ressourcenverbrauch die Leistungsfähigkeit unseres Planeten überfordern würden. Wir werden deshalb in unserem eigenen Interesse, als Teil einer vorausschauenden Friedenspolitik, freiwillig oder unfreiwillig, den bisher benachteiligten Menschen ihren Teil an den uns allen von Gott geschenkten Gaben wieder überlassen müssen. Diese Änderungen unseres Lebensstils werden ohne harte Umbrüche wie Wirtschaftskrisen oder bewaffnete Auseinandersetzungen nur möglich sein, wenn wir den langen Weg zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise unverzüglich einschlagen und konsequent fortsetzen.

1. Was wollen sie in der nächsten Legislaturperiode bei:

- der Energienutzung
- beim Verkehr
- der Flächennutzung

tun um dem Ziel einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise ein deutliches Stück näher zu kommen?

2. Wie sollen hierbei andere Gruppen wie Kirchen, Wirtschaft und Arbeitnehmer mit eingebunden werden.

3. Welche Maßnahmen haben sie geplant, um Bayern in Sachen Energieeinsparung, CO²-Reduzierung und erneuerbare Energien zukunftsfähig zu machen?

4. Weltweit ist die Grüne Gentechnik im Vormarsch, obwohl sie mit sehr vielen Risiken behaftet ist. Ein Großteil der Verbraucher und auch die Landwirte lehnen diese Art der Landwirtschaft ab.

Was gedenken Sie zu tun, um diese Risikotechnik von Bayern fernzuhalten?

Vertreter: Max Rabenbauer, SA Schöpfung und Umwelt, Georg Rodler, KLB Passau

Maget:

Die Frage, wie wir Energieversorgung in der Zukunft gestalten ist eine zentrale Forderung für die Politik. Niemand will seinen Standard ändern (Kühlschrank – Auto) eine Volkswirtschaft, die technologisch vorne ist, muss technische und innovative Lösungen für die Zukunft finden: Energieverbrauch der Geräte senken; energiesparende Technologien noch stärker entwickeln, dies sei auch ein Exportmarkt der Zukunft

Wir lähmen uns in einem Streit über die Zukunft der Atomenergie

Wo können wir uns einig sein, z.B. in massivem Ausbau der regenerativer, alternativer Energien, da müssen wir noch vieles tun und besser ausschöpfen, das muss und geht schneller
Programm: Erstmals zur energetischen Erneuerung von öffentlichen Gebäuden, da muss man auch viel mehr tun

Aber es trifft jeden auch von uns, z.B. Beachtung des Benzinverbrauchs bei Autokauf

Aber das ist noch nicht so im Blick in Wohnungen und Häuser, da sind noch viele Reserven, was man gar nicht so glaube

Staatliche Förderung im Energieverbrauch, da haben wir gute Erfahrungen gemacht, das ist in Bayern stark angenommen worden

Bayerische Bevölkerung stärker natur- und umweltverbunden, hier ist die Bereitschaft höher, Energie zu sparen und das müssen wir fördern

Verkehr: wir sind ein Land das international sehr vernetzt ist, wir leben von Mobilität und Export; das hat etwas mit Transport und Wegen zu tun – mit Autobahn und Flugverkehr
Güter von Straße auf Schiene, da muss man noch mehr tun

Aber wir werden von einem intensiven Verkehrsaufkommen nicht weg kommen, da könnte man schon noch etwas tun, aber auch das gehört zu Wettbewerb und Konkurrenz

Niemand wäre bereit, seinen Lebensstandard deutlich einzuschränken

Politik muss alles tun, um diesen Bereich ökologisch zu fördern

Flächenprogramm: Entsiegelungsprogramme, nicht alles muss zubetoniert bleiben, man kann vieles auf Dächern machen

Wenn wir alles das, was wir können und wissen konsequent umsetzen, dann wäre schon viel geholfen

z.B. Autoindustrie in Bayern – da wird viel verschlafen

Dr. Waschler:

Energie: es muss ein Energiemix sein, es gibt erstaunliche Zahlen; Kernenergie wird kontrovers diskutiert, aber 150 Mio. t CO² Ausstoß zu vermeiden, das ist ein Argument

Aber unabdingbar notwendig, wir haben regenerative Energien in hohem Standard, 30 % weniger CO² Ausstoß als in ganz Deutschland

Klimaschutzprogramm 20-20, dies betrifft Wasserkraft, Photovoltaik

In Straubing die Institution CARMEN, die im regenerativem Bereich intensiv forscht,

Auto müsse man leichter machen und andere Antriebsmethoden finden; den Kraftstoffverbrauch senken

Forschung in Bayern ist auf hohem Niveau

Staatliche Einrichtungen und alle anderen sind gefordert und in der Verantwortung, auch auf Kommunalen Ebene zu suchen: Wo kann man einsparen – wir haben eine Verantwortung an der Schöpfung

Flächenverbrauch: wenn eine Investition möglich ist, um Arbeitsplätze zu schaffen, dann bin ich dafür auch Gewerbegebiete auszuweisen, das bedeutet Flächenverbrauch, wenn keine anderen Gebäude frei sind

Betriebsansiedlungen sind Gewinn von Arbeitsplätzen

Verkehr: möglichst gute Verlagerung auf die Wasserstraße, aber umweltfreundlich und auf die Schiene, deshalb sei er auch für Donauausbau, um mögliche Gütertransport auf die Wasserstraße zu bekommen, da müsste man sich auch einigen können

Jeder LKW weg von der Straße ist für alle Beteiligten ein Gewinn – Verkehrsaufkommen und Kraftstoffverbrauch-Reduzierung

Persönlicher Beitrag über Energiesparmaßnahmen – auch politisch, z.B. über Steuer kann man vieles erreichen, z.B. über Anerkennung der Handwerkerrechnungen

Kirchliche Gruppierungen werden mit einbezogen, es gibt viele Bündnisse

Eine Möglichkeit: sich Abgeordnete vor Ort greifen, Übersendung von Resolutionen, das ist wichtig, deshalb danke er auch dafür.

Grüne Gentechnik:

Maget:

Ein Satz zu Donauausbau: Ja – aber ohne Staustufen. Eine frei fließende Donau ist auch ein Wert und ein Gut an sich.

Wir haben versucht uns grüne Gentechnik vom Leib zu halten, Abstandsregelungen und Klärung der Haftungsfragen – das wird nicht ausreichen

Wir möchten erreichen, dass in Ländern gentechnikfreie Zonen ausgewiesen werden können.

Verkauf von gentechnisch veränderten Gütern frei halten
Gute Landwirtschaft braucht keine Gentechnik und die Mehrheit der Bevölkerung will das nicht, man weiß einfach nicht, was passiert. Deshalb von Anfang an vermeiden.

Dr. Waschler:

Grundsätzlich gebe er Maget recht. Aber in manchen Dingen bindet uns die Entwicklung der Globalisierung, das EU-Recht und der Bund: Es sei ein Kompromiss zu finden in der Bedeutung von Forschung, Gentechnik hat dann eine Berechtigung, wenn es den Menschen einen Vorteil bringt, z.B. wenn ein Anbau dann möglich ist, wo Hunger herrscht, wenn Leid vermindert oder verhindert wird.

Insgesamt: in Deutschland 4500 ha Gentechnikanbau insgesamt– 117 ha in Bayern;
Antrag ganz aktuell im Landtag zu Genmais – Fraktion spricht sich dagegen aus – parlamentarisch soll dies verhindert werden, weil es in Frankreich Probleme gibt;
Risiken sind zu minimieren, aber von der Forschungsseite könne er dem schon etwas abgewinnen

Wimberger:

was man früher theoretisch angenommen hat, haben Erfahrungen in USA lange bestätigt – Gentechnik braucht 30.000 t mehr Chemie; es ist mehr notwendig statt weniger
Agenda 21 – es gab klare Perspektiven für dieses Jahrhundert : ökologisch, sozial und ökonomisch,

die Gentechnik hat größere Eingriffstiefe, als sonst bisher eine Entwicklung

Wir haben ausreichende Möglichkeit, mit geringerer Eingriffstiefe in Natur das Notwendige zu erreichen.

Die Frage ist, ob wir „Farming“ –oder „Agrokultur“ und Bäuerliches System weiter ausbauen wollen, die Bauernkultur hat bisher gut funktioniert

Bitte unterstützt grundsätzlich unser Anliegen

Dr. Waschler:

Wir müssen nicht alles importieren, was in den USA läuft, oder wo dort Fehler gemacht werden

Mein Standpunkt: klar umrissener Einsatz, wenn er wirklich Fortschritt für die Menschen bringt, Forschung ermöglichen, das ist eine Verpflichtung, mit Sicherheitsrahmen durch Gesetzte

Wenn andere das machen, dann können wir keine Sonderregelung durchsetzen

Tradition und Fortschritt, das heißt beiden gerecht zu werden

Maget:

Er sehe in gentechnisch veränderten Lebensmitteln keinen Fortschritt sondern einen Rückschritt

Die SPD unterstütze aktiv Gentechnikfrei

In Frankreich wurde Santos verboten, und die sind nicht besonders ökologisch in Frankreich

Er würde sich bei uns mehr Klarheit und Profil auch von Herrn Seehofer wünschen

Im Osten mehr Industrie als Agrar in der Landwirtschaft; er ist für klare Position: halten wir uns Gentechnik vom Hals, da haben wir alle etwas davon

5. Themenbereich

Sonntag muss Sonntag bleiben – eine Forderung mit Symbolcharakter für menschenorientierte Wirtschaftsgestaltung

Gesprächsimpuls des Kolpingwerkes Diözesanverband Passau

Wer von einer Kultur des Sonntags spricht, muss nach dem biblisch-christlichen Ursprung des Sonntags fragen. Der Sonntag ist keine Erfindung des Menschen, sondern ein Geschenk Gottes an den Menschen, zu seiner Ruhe und Erholung. Das jüdische Sabbatgebot nimmt Jesus auf und sagt: „Der Sabbat ist für den Menschen da...“ (Mio 2, 27. Das gilt auch für den christlichen Sonntag. Er soll dem Menschen in seiner Ganzheit dienen, in persönlicher, sozialer und kultureller Hinsicht. Deshalb steht der Sonntag auch unter dem besonderen Schutz des Staates: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt“ (GG Art. 140.

Zur seelischen Erhebung gehört vor allem auch die Versammlung der Christen zum Gottesdienst. Er ist für uns Christen das Kernelement einer Sonntagskultur. Diese wiederum geht aber nicht im Gottesdienst auf, sondern braucht eine sinnvolle Gestaltung des ganzen auf Freizeit angelegten Wochenendes.

Ein so verstandener Sonntag ist für die Menschen aber nur verwirklichtbar, wenn die Politik nicht immer wieder den Sonntag zur Disposition stellt.

So fordern wir:

keine weitere Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes zur Aushöhlung des Sonntagsschutzes

Verzicht der Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten auf Einkäufe am Sonntag

Feste Zeiten für Familienleben, für ehrenamtliches Engagement und zur individuellen Muße werden so reduziert, dass die Erwartungshaltung an den verbleibenden Sonntag schnell überfrachtet wird. Ganz konkret ist die Sonntagskultur beeinträchtigt, wenn den Familien schon der komplette Samstag entzogen wird, sodass bei Ladenöffnungszeiten bis in den späten Samstagabend der Sonntag primär für die physische Regeneration benötigt wird, ohne dass die dem Sonntag eigene Kultur noch zur Entfaltung gebracht werden könnte.

Dies ist effektiv nur möglich, wenn es einen verbindlichen Ladenschluss von samstags 16 Uhr bis montags 6 Uhr gibt. Die sogenannten verkaufsoffenen Sonntag müssen auf ein Minimum reduziert werden.

Gerade Christen sollten sich als Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Einzelhandel, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor ihrer Verantwortung Bewusstsein und bei allem Konkurrenzdruck mit Augenmaß agieren und neben der ökonomischen Wertschöpfung auch die in einem freien Sonntag liegende gesellschaftliche Wertschöpfung bedenken.

Gemäß dem Motto „Stell dir vor, es ist verkaufsoffener Sonntag – und keiner geht hin“ verfügen wir als Bürger und Konsumenten über ein effektives Steuerungsinstrument, um eine Kultur des Sonntags positiv zu beeinflussen.

Vertreter: Alfons Gürtner, Kolpingwerk Diözesanverband Passau

Dr. Waschler

Er könne sich die Sache einfach machen, da es kein neues Ladenschlussgesetz gebe, weil die eine Hälfte der CSU-Fraktion sage, dass es kein neues Gesetz brauche; zu dieser Hälfte gehöre auch er.

Auch die stille Zeit im Dezember sei weiterhin gesichert

Bei den viermaligen Ausnahmen im Jahr müsse man jedoch bleiben, da diese zusätzlichen Verkaufszeiten für die Wirtschaft enorm wichtig seien

Dennoch: „Der Schutz des Sonntags ist mir heilig und deshalb sehe ich darin auch eine politische Aufgabe!“

Maget:

Er finde die kirchliche Positionierung in dieser Frage sehr gut – sieht die Notwendigkeit die Problematik darüber hinaus zu erweitern

ABER: Es gibt Länder ohne ausgeprägten christlichen Hintergrund und deshalb ist hier der kulturelle Zusammenhang von großer Bedeutung – man müsse hier die Frage stellen: Was bedeutet der Schutz des Sonntags konkret für die Menschen?

Die SPD-Fraktion ist in dieser Frage einstimmig für die Beibehaltung der aktuellen Gesetzeslage – die Einkaufsmöglichkeiten reichen aus

Im Blick auf die Entscheidung in der CSU-Fraktion müsse man freilich feststellen: „Glück“ gehabt, dass bei einem Abstimmungsergebnis von 51:51 (Ausweitung der Ladenschlusszeiten) der Druck auf den freien Sonntag enorm ist

Sicherlich werde man nicht umhin können einige wenige Ausnahmesituationen zuzulassen –

Er habe den Traum: „Es ist Marktsonntag --- und niemand geht hin!“ – die Realität ist eine ganz andere

Insgesamt müsse man in konzertierter Aktion die wirtschaftlichen Interessen zurückdrängen, wobei die SPD das Beispiel des Autowaschens nicht als so gravierend betrachtet

Hr. Fischer:

Ist nicht der bei uns im Dreiburgenland massiv beworbene verkaufsoffene Sonntag mit dem Motto: 10 % Nachlass auf alles, eine schwerwiegende Unterhöhlung des Sonntags?

Maget:

So kann es das gar nicht geben, denn gesetzlich ist Preisbindung vorgesehen, also kann gar nicht alles mit 10 % Nachlass abgegeben werden – außerdem kann die Politik solche Aktionen nicht verbieten – gravierender erscheint das Problem von Billigstpreisen für Lebensmittel – da müsse man sehr viel aktiver agieren

Dr. Waschler:

Schließt sich dem an, und möchte der Sache nachgehen.

Protokoll: Walter Eber